

[View this email in your browser](#)

RT-ZA Infos zu Zentralamerika

Dezember 2021

1. Regional
2. Nicaragua
3. Honduras
4. Guatemala
5. El Salvador

Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?

Gerne an: koordination@rt-za.de

1. Regional

Hintergrund- und Positionspapier: Mitgliedsorganisationen des Runden Tisches Zentralamerika haben eine Publikation zu den Folgen des Klimawandels in Zentralamerika veröffentlicht. Im [Hintergrundpapier](#) werden Maßnahmen im sogenannten "Trockenkorridor" Zentralamerikas vorgestellt, die Gemeinden in Zentralamerika in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen ergreifen, um sich an die Auswirkungen der Klimaerhitzung anzupassen. Im [Positionspapier](#) haben die Mitgliedsorganisationen des RT-ZA 14 Forderungen für die Ausgestaltung des Pariser Abkommens im Rahmen der COP26 gesammelt.

Migration: Ein Gerichtsurteil [zwingt die Regierung Joe Bidens in den USA zurück zur Praxis "Migrant Protection Protocols \(MPP\)"](#), umgangssprachlich "Remain-in-Mexico" ("Bleibt-in-Mexiko"). Die Politik hat Asylbewerber*innen dazu gezwungen, auf der mexikanischen Seite der Grenze auf die Entscheidung ihres Asylverfahrens zu warten. Das Grenzgebiet ist für Migrant*innen nicht sicher: Die Menschenrechtsorganisation "Human Rights First" hat bis Februar 2021 allein unter den Menschen, die aufgrund der MPP in an der mexikanischen Grenze warten, über 1500 Gewaltverbrechen gegen Migrant*innen dokumentiert.

Publikation: Die neue Ausgabe von *Perspectivas Lateinamerika*, der Publikation des Lateinamerika-Referats der Heinrich-Böll-Stiftung, zum Thema [Demokratie und digitaler Wandel in Lateinamerika](#) ist veröffentlicht worden. In der Publikation findet ihr u.a. Beiträge zur [LGBTI+-Bewegung in Zentralamerika](#) während der Pandemie, zur [Rolle der Technologien in Krisensituationen](#) am Beispiel Nicaragua sowie zu den Auswirkungen des Bitcoin-Gesetzes in El Salvador.

der schwierigen Lage gegen Korruption in ihren Heimatländern einsetzen. Unter den "Anti Corruption Champions 2021" befinden sich Carlos Ruano, Präsident der guatemaltekischen Vereinigung von Richtern für die Integrität (AGJI), und Gabriela Castellanos, Leiterin des Nationalrats für Antikorruption (CNA).

Am gleichen Tag hat die USA [Sanktionen gegen zwei Politiker](#) der salvadorianischen Regierung verhängt. Osiris Luna, Vize-Justizminister und Strafvollzugschef, und Carlos Marroquín, Leiter der Einheit für die Wiederaufbau des Sozialen Gewebes, werden beschuldigt, monatelang Verhandlungen mit mindestens zwei der größten kriminellen Banden des Landes geführt zu haben, die Mara Salvatrucha (MS-13) und Barrio 18.

2. Nicaragua

Wiederwahl Ortegas: Am 7. November wurde der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega nach amtlichen Angaben mit 75 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Während der Oberste Wahlrat (CSE) die Wahlbeteiligung auf 65% Prozent geschätzt hat, redet [die Organisation Urnas Abiertas von weniger als 20%](#).

Mehrere Regierungen haben die Wiederwahl kritisiert und den Wahlprozess als Farce bezeichnet. Der Hohe Vertreter der Europäischen Union Josep Borrell hat Nicaragua als "Republik der Angst" verurteilt und hat vor [möglichen Maßnahmen und individuelle Einschränkungen gewarnt](#). Die USA und das Vereinigte Königreich haben weitere gezielte Sanktionen auf wichtige Politiker*innen der Ortega-Regierung, [unter ihnen die Vizepräsidentin und First Lady, Rosario Murillo](#).

Politische Gefangene: Vor der Wahl wurden sieben mögliche Oppositionskandidat*innen sowie zahlreiche Journalist*innen, Aktivist*innen und weitere Politiker*innen inhaftiert. Ihnen wird u.a. Geldwäsche und Landesverrat vorgeworfen. Das Online-Medium Divergentes hat zusammen mit Gioconda Belli eine Publikation zu den Profilen der [Frauen, die in der Regierung Ortegas zu politischen Gefangenen geworden sind](#).

Der ehemalige OAS-Botschafter Edgar Parrales [wurde am 22. November festgenommen](#) und sein Haus wurde von Unbekannte in Zivil durchgesucht. Der Ex-Priester und Ex-Diplomat Parrales hatte eine Woche vor seiner Festnahme [die Entscheidung Ortegas, aus der OAS auszutreten](#), scharf kritisiert. Er ist 79 Jahre alt und somit der älteste politische Gefangene der Ortega-Murillo-Regierung.

Online-Veranstaltung: Das Informationsbüro Nicaragua, Mitgliedsorganisation des RT-ZA lädt zu [einer Zoom-Veranstaltung](#) zu dem Panorama nach der Wahl ein. Die Veranstaltung findet am 16. Dezember 2021 um 19.30 statt. Salomón Mendoza Suárez aus der Plattform Articulation of Social Movements (AMS-OSC) wird als Referent teilnehmen. Link über anmeldung@infobuero-nicaragua.de.

Wahlsieg für Xiomara Castro: Die linke Kandidatin Xiomara Castro wurde bei der Wahl am 28. November [mit einem Vorsprung von 20 Punkten zur ersten Präsidentin Honduras gewählt](#). Die aktuelle Regierungspartei Partido Nacional de Honduras (PNH) und der unterlegene Kandidat Nasry "Papi" Asfura [haben der linken Politikerin gratuliert](#) und somit ihren Sieg offiziell anerkannt. Nach 12 Jahren PNH-Regierung, die seit dem Putsch im Jahre 2009 gegen Manuel Zelaya an der Macht gewesen ist, wird Honduras nun vom Oppositionsbündnis Libre - [unter der Führung der Ehefrau von Manuel Zelaya](#) - regiert.

Widerstand in Guapinol: Am 9. Dezember 2021 hat der Prozess gegen die acht Umweltverteidiger aus Guapinol begonnen, die gegen den Bau einer kontaminierenden Eisenerzmine in einem Wasserschutzgebiet protestiert hatten. Der Prozess hätte am 1. Dezember beginnen sollen, [der Auftakt musste aber verzögert werden](#). Die Delegation der Europäischen Union in Honduras [beobachtet den Prozess](#). Die acht Aktivisten waren im Jahr 2020 Finalisten des vom Europäischen Parlament verliehenen Sacharow-Preis für geistige Freiheit. Mehr zum Kampf im Guapinol im [Dossier "Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen in Zentralamerika"](#) von Mitgliedsorganisationen des RT-ZA.

EUROPA Preis an LGBTIQ-Organisation: Die lesbisch-feministische Organisation Cattrachas wurde für ihre Arbeit zur Verteidigung der individuellen Rechte der LGBTIQ-Personen mit dem [EUROPA Menschenrechtspreis 2021](#) ausgezeichnet. Der Preis wurde von den Botschaftern der Europäischen Union, Frankreichs, Spaniens und Deutschlands anlässlich des Internationalen Menschenrechtstages verliehen.

Online Veranstaltung: Am 14. Dezember 2021 um 18 Uhr findet [eine Online-Veranstaltung zur Kriminalisierung als Strategie gegen unliebsamen Protest](#) am Beispiel Honduras und Deutschland statt. Der deutsche Aktivist Manuel Schneider und der honduranische Anwalt der Organisation "Movimiento Amplio por la Dignidad", Víctor Fernández sind die Referenten. Veranstalter sind die Mitglieder des RT-ZA, das FDCL und die HondurasDelegation, sowie die NaturFreunde LV Berlin.

Online Filmvorführung: Das Öku-Büro zeigt am 21. Dezember um 18.30 via Zoom den Film "Expulsados - Vertrieben" (auf Spanisch mit deutschen Untertiteln) zu den private extraterritoriale Sonderentwicklungszonen (ZEDEs). Anschließend findet ein Gespräch statt mit dem Autor und Regisseur des Filmes, Dassaev Aguilar. Ein*e Expert*in aus Honduras gibt eine Einschätzung, welche Chancen die Bewegung gegen die ZEDE und der Schutz kleinbäuerlicher und indigener Territorien unter einer neuen Regierung haben könnte.

Anmeldung bis Dienstag, 21. Dezember 12 Uhr bei: elsal@oeku-buero.de

4. Guatemala

El Estor: Die guatemaltekeische Regierung hat am 24. Oktober den Ausnahmezustand

[Schweizer Bergbaukonzernes blockiert](#). Die Demonstranten [wurden anschließend aus ihren Häusern vertrieben](#). Festivales Solidarios hat ein Video veröffentlicht, [das zeigt, wie Männer die Häuser angezündet haben](#). Aktivist*innen beschuldigen die Polizei (PNC) - letztere hat jedoch [ein Statement](#) veröffentlicht, in dem sie die Verantwortung für die Geschehnisse leugnen.

Neun US-Kongressabgeordneten haben am 30. November den US-Staatssekretär Anthony Blinken [in einem offenen Brief](#) dazu aufgefordert, den Ausnahmezustand in der Gemeinde El Estor öffentlich zu verurteilen und die Aufhebung des Ausnahmezustands zu fordern.

Korruption und Justiz: Am 30. November wurde [gegen den ehemaligen Sonderstaatsanwalt Juan Francisco Sandoval](#) wegen angeblichem Machtmissbrauch und Betrug [ein erneuter Haftbefehl](#) ausgestellt. Der Leiter der Sonderstaatsanwaltschaft gegen die Straflosigkeit (FECI) [wurde am 30. Juli 2021 von der Generalstaatsanwältin Consuelo Porras entlassen](#) und musste Guatemala verlassen. Sandoval erklärte in einer Pressekonferenz, dass der FECI zu der Zeit gegen [den Präsident Alejandro Giammattei und seinen engen Kreis ermittelt hat](#).

Journalist*innen: Das für Strafverfolgung zuständige Ministerio Público (MP, Generalstaatsanwaltschaft) [hat über den Journalisten Juan Luis Font ein Ausreiseverbot verhängt](#). Die Anklage resultiert aus einer Aussage des ehemaligen Kommunikationsministers Alejandro Sinibaldi, gegen den durch die CICIG und FECI wegen Korruption ermittelt wurde und der aktuell im Gefängnis sitzt. Laut seiner eigenen Aussage soll der Ex-Minister zwischen 2012 und 2014 1.5 Millionen Quetzales für positive Berichterstattung in den Medien von Juan Luis Font bezahlt haben. Allerdings gibt es in den damaligen Ausgaben der von Font geleiteten Medien [mehrere Beispiele einer kritischen Berichterstattung über Sinibaldi](#), unter anderem im Magazin ContraPoder und beim Sender Canal Antigua.

Am 30. November, dem Tag der Journalisten in Guatemala, haben Journalist*innen aus unterschiedlichen Medien ein Statement veröffentlicht, [in dem sie die Verfolgung und die Kriminalisierung der journalistischen Arbeit](#) denunzieren. Sie demonstrierten [vor dem Nationalpalast](#) unter dem Motto: "No nos callarán".

Preis an Erika Aifán: Die Richterin Erika Aifán wurde im Rahmen des Internationalen Tages der Menschenrechte 2021 [mit dem Deutsch-Französischen Preis für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit](#) geehrt. Der Preis wird jährlich an 15 Personen verliehen, die einen wichtigen Beitrag zum Schutz und zur Förderung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit in ihren Heimatländern geleistet haben.

5. El Salvador

Bitcoin City: Die Kryptowährung Bitcoin ist seit September die offizielle Währung El Salvadors. Diese Maßnahme hat die weiterhin enorme Beliebtheit des salvadorianischen Präsidenten Nayib Bukele reduziert/verletzt: zwei Drittel der Bevölkerung lehnen Bitcoin ab. Der Ökonom Christian Ambrosius hat eine [Analyse zur Einführung des Bitcoins in El Salvador im Südlink-Magazin](#) veröffentlicht.

Auf einer Veranstaltung der "Bitcoin Week", eine jährliche Konferenzreihe für die Krypto-Community, hat Bukele seine Pläne verkündet, [eine sogenannte "Bitcoin City"](#) im Osten

[Milliarden Euro](#) - geschätzt. Das ganze soll durch "Vulkan-Anleihe", Bitcoin-Bonds finanziert werden.

Ley de Agentes Extranjeros: Die salvadorianische Regierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der Personen und Organisationen, die ausländische Gelder erhalten, dazu verpflichtet, sich als "ausländische Agenten" zu registrieren zu lassen. Das Gesetz wäre dem "Ley de Regulación de Agentes Extranjeros" aus Nicaragua sehr ähnlich, das die Arbeit der Zivilgesellschaft in diesem Land stark eingeschränkt hat. Ein wesentlicher Unterschied im salvadorianischen Gesetz besteht jedoch darin, dass ausländische Spenden mit einer 40 %igen Steuer belegt werden könnten.

Mehr als 50 zivilgesellschaftliche Organisationen haben in einem öffentlichen Statement ihre Ablehnung gegen den Gesetzentwurf geäußert. Internationale Organisationen, wie die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH), Transparency International, die Sonderberichterstatter der UN sowie [Mitgliedsorganisationen des RT-ZA](#) haben das salvadorianische Parlament darauf aufgefordert, das Gesetz nicht zu verabschieden. Der deutsche Staatssekretärminister Niels Annen hat [sein Besorgnis über Twitter erklärt](#). [Die deutsche Botschaft](#) hat die Auswahlverfahren für ihre kommende Gemeindeprojekte wegen des möglichen Gesetzes ausgesetzt. Der internationale Druck hat gewirkt: der Gesetzentwurf wurde anschließend nicht in der Plenarsitzung vorgestellt und der Präsident des Parlaments, Ernesto Castro, hat [die Verabschiedung des Gesetzes](#) pausiert bis die Regierung eine Konsens mit den diplomatischen Vertretungen erreichen.

Amnesty International hat eine "Urgent Action" gegen des Gesetzes gestartet. [Hier zur Eilaktion](#).

Gerechtigkeit. Der Interamerikanische Gerichtshof (CorteIDH) hat im Fall Manuela y otros vs. El Salvador entschieden: [Der salvadorianische Staat ist verantwortlich](#) für die Inhaftierung, die Verurteilung und den Tod einer Frau nach einer Fehlgeburt im Jahr 2008. Manuela wurde zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt und ist nach 2 Jahren Haft an Krebs gestorben. [El Salvador muss die Familie Manuelas entschädigen und in dem Justiz- und Gesundheitssystemen Reformen umsetzen](#).
